

Der ethisch-politisch eingebettete Markt

Programmatische Überlegungen zu einer Praktischen Sozialökonomie

Peter Ulrich

A socio-economic approach might be the right way to reach beyond the rationalism of "pure" or neoclassical economics. But using this method risks throwing the baby of economic rationality with the bathwater of economism, leaving only the sociology of economic life. Economic determinism (benefit-maximizing economic man) would be replaced with sociologic determinism (oversocialized view of man). To avoid this bad alternative, socio-economics must be given a practical turn: it must build from political philosophy and economic ethics. On this base, practical socio-economics could give rise to guiding principles and explain ways the of a reasonable economy embedded into a well-ordered society of free and equal citizens. The article outlines five mental steps toward such an approach and then takes a critical look at the approach of "microeconomics from a social and ecological perspective" (Biesecker/ Kesting 2003).

Wohl kaum eine akademische Disziplin kämpft immer wieder so sehr mit der Schwierigkeit, ihren Erkenntnisgegenstand zu bestimmen und abzugrenzen, wie die Ökonomie oder Ökonomik. Das liegt durchaus in der Natur der Sache. Denn die „Sache“ der Ökonomie ist ein Stück gesellschaftliche Praxis, die sich historisch stets wandelt. Soweit Ökonomie als Wissenschaft den Geltungsanspruch erhebt, diese gesellschaftliche Praxis zu erklären (theoretisches Ziel) oder ihre gute Gestaltung zu begründen (praktisches Ziel), wird sie sich immer mit ihrem Erkenntnisgegenstand mitwandeln müssen. Will sie der gesellschaftlichen Praxis, die wir „Wirtschaft“ nennen, gar den zukünftigen Weg weisen, so kommt es darauf an, dass sie den erwähnten Wandel nicht nur (modell-) theoretisch *nachbildet*, sondern vernünftige *Vorgaben* für ihn aufzeigt und begründet. Das setzt voraus, dass sie die Rolle des Wirtschaftens im Kontext einer wünschbaren Gesellschaft zu bedenken vermag – mit anderen Worten: dass sie sich und ihren Gegenstand als gesellschaftlich *eingebettete Ökonomie*

(Biesecker/ Kesting 2003: 20, anschließend an Polanyi 1978 und Granovetter 1992) begreift und reflektiert.

Bekanntlich trifft auf die derzeit (noch) dominierende Standardökonomik genau das Gegenteil zu: Sie versteht sich und ihren realen Gegenstand als *disembedded*, als von allen gesellschaftspolitischen Beimischungen „purifizierte“ (Krüsselberg 1983: 58) und von ihrer Mutterdisziplin, der praktischen und politischen Philosophie, längst emanzipierte, „angeblich autonome Ökonomik“ (Albert 1972: 3). Dieses Selbstverständnis – und nur für dieses werde ich hier den Begriff der Ökonomik verwenden, während als allgemeiner Begriff jener der (Sozial-) Ökonomie dienen soll – widerspiegelt freilich selbst noch einen spezifischen historischen Kontext. Und dieser erfährt gegenwärtig einen möglicherweise epochalen Veränderungsschub – Grund genug für neue, geschichtlich nicht etwa rückwärts-, sondern vorwärtsgewandte Bemühungen um eine systematische Rekontextualisierung des allzu sehr verselbständigten ökonomischen Denkmusters. Das betrifft sowohl die theoretischen Modelle, mittels derer sie die Wirtschaftswelt erklärt, als auch die praktische Orientierung, die sie der Wirtschaftspolitik als einem Stück Gesellschaftspolitik (!) zu geben vermag. In beiden Dimensionen sind seit einiger Zeit interessante Entwicklungen in Gang. Während sich Ansätze einer *theoretischen Sozialökonomie* schon aufgrund von Erklärungsgrenzen der Standardökonomik aufdrängen und insofern durchaus (kritisch oder unkritisch) an diese anschlussfähig sind, werden Entwürfe in Richtung einer ethisch-politisch gehaltvollen *praktischen Sozialökonomie* vom Mainstream noch weitestgehend ausgegrenzt oder negiert, da sie dessen szientistisches Selbstverständnis als Hort wertfreier Wissenschaft in Frage stellen. Doch es liegt in der Logik der „Sache“ des Wirtschaftens, dass Sozialökonomie keine „reine“ Theorie sein kann, sondern unausweichlich – explizit oder implizit – auf normativen Vorstellungen von einer *wohlgeordneten* Gesellschaft und von einer *guten* wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Rahmen beruht. Im vorliegenden Beitrag soll gezeigt werden, weshalb es letztlich zu den Konsequenzen einer sozialwissenschaftlichen Öffnung der Ökonomik gehört, sich auch der wirtschaftsethischen und politisch-philosophischen Reflexion ihrer normativen Prämissen zu öffnen und den Horizont einer Praktischen Sozialökonomie zu gewinnen: *Der Markt ist immer in ein politisch-philosophisches und wirtschaftsethisches „Gedankenbett“ eingebettet – es fragt sich nur in welches.*

Die hier vorgelegten programmatischen Überlegungen können manches nur andeuten. Der „gesponnene“ Gedankenfaden verbindet zunächst fünf Gesichtspunkte, denen je ein Abschnitt gewidmet ist. Sie betreffen (1.) die theoriegeschichtliche Konstanz einer stets wieder in neuen Varianten umstrittenen dualistischen Identitätsbestimmung der Ökonomie; (2.) die prinzipielle Unmöglichkeit, ein autonomes „ökonomisches Problem“ zu formulieren, und ihre systematische Konsequenz für die Ökonomie, nämlich:

unausweichlich Sozialökonomie zu sein; (3.) den methodischen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftswelt freier Bürger und Bürgerinnen und einer Ökonomie, welche diese wirklich als *freie Wirtschaftssubjekte* ernst nimmt; (4.) den soziologischen Determinismus als systematischen Grund, weshalb eine bloß theoretische Sozialökonomie genau dieses Ernstnehmen der BürgerInnen nicht leisten kann; und (5.) die normativ möglichst sparsamen Ansatzpunkte einer Praktischen Sozialökonomie, welche vernünftiges Wirtschaften in einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger konzipiert. In einem abschließenden 6. Abschnitt wird im Lichte dieses Entwurfs der Ansatz der „Mikroökonomik aus sozial-ökologischer Perspektive“ (MiSÖP) kritisch gewürdigt.

1. Ökonomie im Kontext: Der disziplinäre Dualismus der Ökonomie im Spiegel des kulturgeschichtlichen Wandels

Von Anfang an hat die Ökonomie als Disziplin eine dualistische Bestimmung erfahren. Aristoteles behandelt die Ökonomie nicht zufällig in seinem Werk zur Politik. Diese beschäftigt sich mit dem „Problem der Polisverfassung“, wie Aristoteles schon am Ende der Nikomachischen Ethik (1980: 302 [1181b]) überleitend festhält, jene dagegen mit der „Hausverwaltungskunst“, in der es um die Bereitstellung von Dingen geht, die „notwendig zum Leben und nützlich für die staatliche und häusliche Gemeinschaft“ sind (Aristoteles 1984: 150 [1256b]). Die so definierte *Oikonomia* findet also ihr richtiges Maß in ethischen Vorstellungen vom guten Leben und Zusammenleben der Menschen. Davon grenzt Aristoteles als zweite mögliche Wirtschaftsform und -lehre die „Erwerbskunst“ oder *Chrematistik* ab, die nach der verselbständigten und daher unendlichen Vermehrung des Geldbesitzes um seiner selbst willen strebt, was jedoch als Entartung zu beurteilen sei. „Denn das zu einem zweckentsprechenden Leben genügende Maß eines solchen Besitzes geht nicht ins Unendliche“ (Aristoteles 1984: 150 [1257a], in der schönen Übersetzung von Susemihl). Die gute Verfassung der *Polis* und die lebenspraktischen Bedürfnisse des *Oikos* geben das vernünftige Maß vor. Das kultivierte Leben freier Bürger und Bürgerinnen erfüllt sich in geistigen, politischen oder künstlerischen Tätigkeiten; nur das Leben von Sklaven und „Banau-sen“ (d.h. Leuten, die als Handwerker oder Händler von ihrer eigenen Arbeit leben müssen) wird von der bloßen Bewältigung der ökonomischen Lebensnotwendigkeiten beherrscht: „Wer es sich leisten kann, sich nicht selbst abzumühen, bei dem übernimmt ein Verwalter dieses Amt, und die Herren selbst treiben Politik oder Philosophie“ (Aristoteles 1981: 56 [1255b]).

Die systematische Differenz zwischen Oikonomia und Chrematistik ist keine andere als die zwischen lebensweltlich eingebetteter und eigensinnig verselbständigter Wirtschaftsweise. Letztere war für Aristoteles nur ein zu kritisierender Randbereich. Ihre gedankliche Verallgemeinerung zum Inbegriff einer verselbständigten ökonomischen Disziplin wurde erst im völlig anderen Kontext des frühmodernen Besitzbürgertums denkbar. Dessen possessiver Individualismus (Macpherson 1967), der aus aristotelischer Perspektive eine ziemlich banausische Lebenshaltung dargestellt hätte, wurzelt bekanntlich in der christlich-religiösen, speziell calvinistischen Verklärung des „Geldsegens“ zum göttlichen „Zeichen der Erwählung“ (Weber 1988: 110). „Denn wenn jener Gott, den der Puritaner in allen Fügungen des Lebens wirksam sieht, einem der Seinigen eine Gewinnchance zeigt, so hat er seine Absichten dabei. Und mithin hat der gläubige Christ diesem Ruf zu folgen, indem er sie sich zunutze macht“ (Weber 1988: 175f.). Auf dem Hintergrund dieser „providentiellen Deutung des ökonomischen Kosmos“ (Weber 1988: 172) kommt es in der abendländischen Moderne zu einer weitgehenden moralischen *Enthemmung* des bürgerlichen „Erwerbsgeists“ oder „Geschäftssinns“, die im wirtschaftsliberalen Programm der institutionellen *Entfesselung* des Erwerbsstrebens ihren politischen Ausdruck findet. Mit der üblichen Verzögerung wird die dementsprechende Herauslösung eines „eigensinnigen“ marktwirtschaftlichen Systems aus der ethisch-politisch bestimmten Lebenswelt auf der akademischen Ebene *nachgebildet*, nämlich in der Ablösung der ethisch-politisch eingebetteten Politischen Ökonomie der Klassiker durch das neoklassische Programm einer „reinen Ökonomie“ (Schumpeter 1908: 23ff.), für die der jüngere Begriff der Ökonomie in der Regel steht. Mag sich diese auch noch so sehr als wertfreie und objektive Wissenschaft verstehen, so ist und bleibt sie letztlich dennoch nur die konsequente Modellierung der *bourgeois* Weltanschauung des possessiven Individualismus. Dass allein mittels der marktlichen Logik des wechselseitigen Vorteilstausches zwischen puren Besitzindividualisten eine wohlgeordnete Gesellschaft herzustellen sei – als *Marktgemeinschaft* statt Marktwirtschaft *in* einer nach übergeordneten Prinzipien gestalteten Gesellschaft –, stellt die ökonomistische Basisannahme der ganzen neoklassischen Ökonomie dar (Ulrich 2001: 190).

Die Theorie, die nach ihrem Selbstverständnis nichts als die „reine“ ökonomische Ratio des idealen „freien“ Marktes entfaltet, entstammt also paradoxerweise einer tief religiösen Weltanschauung, die mit ihrer geradezu fundamentalistisch anmutenden „Gnadengewissheit“ (Weber 1988: 110) alles andere als die kritische Vernunft der Aufklärung und der Wissenschaft verkörpert – was wohl bis heute einen guten Teil der Geschlossenheit des neoklassischen Theorieprogramms und seine immer wieder auffallend defensive Reaktion auf Kritik seitens „abweichender“ Ansätze erklärt. Denn: „Fundamentalisten definieren sich durch ihre Gegnerschaftsposition sei es

gegen modernisierte Religionsauslegungen, sei es gegen den Abfall der Gesellschaft von den religiösen Normen“ (Meyer 1989: 84). Das gilt auch für Marktfundamentalisten, denn sie *glauben* an die Metaphysik des total aus ethischen und politischen Bindungen „entbetteten“ Marktes. Der Dualismus von Oikonomia und Chrematistik *reduziert* sich daher bei ihnen auf eine eindimensionale Perspektive von Ökonomik (oder eigentlich gemäß der aristotelischen Begrifflichkeit: Chrematistik) als der „reinen“ Systemlogik der Marktwirtschaft, der alle unmittelbaren Bezüge auf vitale Gesichtspunkte des guten Lebens und gerechten Zusammenlebens der Menschen, also auf die soziale Wirtschaftswelt, buchstäblich fremd geworden sind.

Demgegenüber lassen sich die Klassiker der Politischen Ökonomie geradezu dadurch charakterisieren, dass sie den von Aristoteles markierten Dualismus der Sache des Wirtschaftens noch wahrgenommen und bewahrt haben. So zielte *Adam Smith* nicht etwa auf die (im skizzierten Sinne reduktionistische) Überwindung, sondern auf eine moderne Erneuerung der aristotelischen Konzeption einer ethisch und politisch eingebetteten Ökonomie. Er entwarf eine liberale Ökonomie als systematischen Teil – nicht als alleinigen Inbegriff! – einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft. Und er wurde Ökonom, um ein bestimmtes moralphilosophisches Problem, jenes der für sich allein zu schwachen moralischen Bindungskräfte zwischen freien Individuen, zu lösen. Die funktionale *Systemintegration* durch die ökonomische Interessenverschränkung im Markt erfüllt für ihn nur die Rolle eines partiellen Substituts der nicht hinreichenden *sozialen Integration* der Gesellschaft durch moralische Verbindlichkeiten (Ulrich 1991). Das vermeintliche „Adam-Smith-Problem“, wie denn seine *Theory of Moral Sentiments* und der *Wealth of Nations* zusammenpassten, war keineswegs Adam Smiths Problem (Patzner 1991). Der vielschichtig konzipierte ethisch-politische Kontext der Marktwirtschaft (*sympathy* zwischen den Menschen, *general rules* im Sinne sozialer Normen, *laws* als die Gesetze des Rechtsstaates, und darüber hinaus die in der natürlichen Ordnung des Kosmos wirksame *invisible hand* des Schöpfers als der Gewährsinstanz) blieb für seine *Politische Ökonomie in moralphilosophischer Absicht* konstitutiv.

Es ist die große Ironie von Smiths Wirkungsgeschichte, dass sein Versuch der modernen Erneuerung der aristotelischen Synthese von den Epigonen vorwiegend als Rechtfertigung des politischen Programms der Verabschiedung eben dieser ethisch-politischen Einbettung der Ökonomie (miss-)verstanden wurde. Eine solche Verkehrung war wohl nur möglich, weil allzu oft bloß der halbe Smith, nämlich der des *Wealth*, gelesen wurde. Die systematische Konsequenz der resultierenden theoretischen Herauslösung einer „reinen“ *Systemökonomik* der Marktwirtschaft aus dem *sozialökonomischen Kontext* war fatal, mussten und müssen die „reinen“ Ökonomen neoklassischer Prägung doch die moralischen Qualitäten der Wirtschaftssubjekte und

der gesellschaftlichen Ordnung, die Smith noch als normative *Voraussetzungen* der Marktwirtschaft begriff, nun als die durch ökonomische „Gesetze“ determinierten guten *Folgen* des total entfesselten Markts – oder genauer ausgedrückt: offener Märkte und wirksamen Wettbewerbs – ausgeben. Der marktlichen Logik des Vorteilstausches wird damit zugemutet, schon die ganze ökonomische Vernunft zu verkörpern.

Im so genannten Methodenstreit, der in zwei Phasen zwischen der historisch-ethischen Schule der (deutschen) Nationalökonomie und der frühen Neoklassik ausgetragen wurde (vgl. im Einzelnen Biesecker/ Kesting 2003: 110ff.), blieb der Dualismus von Sozial- und Systemökonomie freilich noch lange virulent, bis sich der neoklassische Mainstream der (angelsächsischen) Economics weitestgehend durchsetzte. Der „Verein für Socialpolitik“, der heute in der deutschsprachigen (wenn auch zunehmend englisch schreibenden) Ökonomenzunft das *Mainstreaming* besorgt, trägt – welche ironische Reminiszenz! – noch immer den Namen seiner durch die bewährten Kooptationsmechanismen mittlerweile fast vollständig ausgerotteten Gegner, deren Position er ursprünglich stärken wollte ... Es spricht wohl nur umso mehr für den fast totalen Sieg der „reinen“ Systemökonomik, dass der Verein im Jahr 1989, rund 100 Jahre nach seiner Gründung, recht unbefangen auf die verlorene ethisch-sozial-ökonomische Fragestellung zurückkam und einen ständigen Ausschuss für Wirtschaftswissenschaft und Ethik einrichtete, wenngleich natürlich auch in diesem Ausschuss die Verkehrung oder Reduktion von Wirtschaftsethik auf Moralökonomik tendenziell das dominante Erkenntnisinteresse darstellt. Immerhin hat damit die grundsätzliche Möglichkeit eines Perspektiven- und Methodendualismus wieder in die institutionalisierte akademische Wirtschaftswissenschaft Einzug gehalten. Seither kann und muss die Abgrenzung dessen, was wissenschaftlich für das *ökonomische Problem* als konstitutiv gelten soll, im Prinzip wieder als eine ernst zu nehmende Grundlagenfrage der Disziplin respektiert werden.

2. Das Problem mit dem „ökonomischen Problem“

Kristallisationskern der Identitätsbestimmung eines ökonomischen Ansatzes im skizzierten dualistischen Raum ist das Vorverständnis oder die Definition des spezifischen ökonomischen Problems. Dieses kreist um die Frage, wie wir mit knappen Ressourcen und Gütern vernünftig umgehen sollen; es ist also das *ökonomische Rationalitätsproblem*. Es war der junge Hans Albert (1972: 14ff.), der vor seiner popperianischen Wende die Nichtexistenz einer „rein“ ökonomischen Problemstellung und damit die Unmöglichkeit autonomer Ökonomik aufzeigte, da sich nämlich kein eigenständiger

ökonomischer Rationalitätsgesichtspunkt bestimmen lasse. Vielmehr verbinden sich im ökonomischen Rationalitätsproblem unweigerlich eine ethische und eine technische Fragestellung: Welche *Zwecke* können oder sollen mit den verfügbaren *Mitteln* vernünftigerweise verwirklicht werden? Die Beurteilung der vernünftigen *Qualität* der Zwecke des „wirtschaftlich“ genannten Mitteleinsatzes setzt ein ethisches Kriterium voraus. Eine gegenüber der Ethik autonome Ökonomik ist nur zu haben um den systematischen Preis der Reduktion dieser qualitativen auf eine „rein“ quantitative Frage. Diese Quadratur des Kreises erfolgt in der „angeblich autonomen Ökonomik“ (Albert) mit einem simplen, aber oft übersehenen Trick: Als vermeintlich nur formaler und daher ethisch neutraler Zweck und Inbegriff vernünftigen Wirtschaftens wird die (quantitative) *Maximierung* beliebigen, der subjektiven Qualifizierung überlassenen Nutzens definiert. Das ökonomische Rationalitätsproblem wird damit auf ein rein *kalkulatorisches* Problem reduziert – ganz auf der Linie von Thomas Hobbes (1984: 32), für den „Vernunft ... nichts anderes als Rechnen“ bedeutet, und entsprechend weit weg vom Begriff ethisch-praktischer Vernunft auf der Linie Adam Smiths und Immanuel Kants. So verwandelt sich die ethisch einzubettende Politische Ökonomie, wie sie die Klassiker noch ganz richtig bezeichnet und konzipiert haben, in eine intern wertfreie, der Mathematisierung zugängliche, wenigstens der Form nach exakte Wissenschaft (vgl. im Einzelnen Brodbeck 2000: 188ff.).

Die ethische Neutralisierung der ökonomischen Rationalitätsproblems gelingt so jedoch mitnichten, und zwar gleich in zweierlei Hinsicht nicht. Zunächst einmal hat die *Norm* der Nutzenmaximierung keineswegs per se vernünftigen oder rationalen Charakter – Aristoteles lässt grüßen. Nicht nur was sie als Nutzen wahrnehmen, sondern auch die vernünftige Bestimmung des richtigen Maßes ihres Nutzen- oder Vorteilsstrebens ist *freien Personen* freizustellen. Die Nutzenmaximierungsprämisse, auf der die Reduktion der qualitativen Zweckfrage auf eine kalkulatorische Problemstellung und damit die Möglichkeit einer autonomen Ökonomik beruht, impliziert einen paradoxen *rationalen Determinismus*, der den Wirtschaftssubjekten ihre *autonome Selbstbestimmung*, also den Kern ihrer praktischen Vernunft, gerade abspricht und sie auf grenzenlos erfolgssüchtige *Homines oeconomici* reduziert (Ulrich 2001: 152f., 188).

Damit nicht genug: Selbst wenn man den durch nichts begründeten ökonomistischen Denkwang, „rationales“ Wirtschaften mit der Maximierung des Outputs gleichzusetzen, als definitorische Basis einer spezifischen ökonomischen Rationalitätsperspektive gelten ließe, wäre damit ihre ethische Neutralisierung noch nicht gelungen. Schon Gunnar Myrdal (1933) hat klargemacht, dass es nicht ausreicht, den gesamten ethischen Problemgehalt allein in den Zwecken des Wirtschaftens sehen zu wollen. Auch die „rational“ bewirtschafteten „knappen“ *Mittel* haben nämlich oft nicht nur einen

instrumentellen Wert im Hinblick auf die Maximierung des Nutzens der damit produzierten Güter, sondern auch einen ethischen *Eigenwert*. Das gilt etwa für nicht-erneuerbare natürliche Ressourcen, besonders aber für „Human Resources“. Nicht umsonst gehört zu den grundlegendsten vernunftethischen Verbindlichkeiten das Kant'sche Verbot der Instrumentalisierung des Menschen (sog. Zweckformel des Kategorischen Imperativs). Vernünftiges Wirtschaften kann daher nicht negieren, dass sich der Wert menschlicher Arbeit keineswegs auf den damit erzielbaren Output (Gebrauchs- oder Tauschwert) beschränkt, sondern wesentlich auch die Qualität des „Arbeitslebens“ selbst umfasst, also ihre unmittelbare Bedeutung für das gute Leben und die Persönlichkeitsentwicklung der arbeitenden Menschen. Hans Albert (1972: 21) hat diese Einsicht von Gunnar Myrdal uneingeschränkt bekräftigt: „Das Problem der Entscheidung bleibt auch dann ein ethisches, wenn über die zu realisierenden Zwecke bereits vorentschieden wurde. (...) Wenn der Zweck nicht die Mittel heiligt, wenn eine Entscheidung über das zu realisierende Zwecksystem nicht die *Rationalisierung der Mittelverwendung* ermöglicht, dann hat es vom ethischen Gesichtspunkt keinen Sinn, die Probleme in zwei Stufen zu lösen“, also ein Zwei-Welten-Konzept von (Wirtschafts-) Ethik und davon restlos trennbarer, gleichsam ethikfreier Ökonomik zu vertreten.

Die systematische Konsequenz ist einfach, aber weitreichend: Das ökonomische (Rationalitäts-) Problem muss gedanklich von Grund auf wieder in den lebenspraktischen Kontext freier Bürgerinnen und Bürger eingebettet werden, die sich weder faktisch gemäß der „reinen“ ökonomischen Maximierungslogik verhalten (theoretische Erklärungsaufgabe) noch einen vernünftigen Grund haben, dies zu tun (ethisch-praktische Orientierungsaufgabe).

3. Kontextuelle Ökonomie: Die Wirtschaftswelt freier BürgerInnen

Freie Bürgerinnen und Bürger sind keine Marionetten des Marktes, sondern gestalten ihr Wirtschaftsleben als Teil eines umfassenderen Lebensentwurfs. Sie versuchen rational zu wirtschaften, aber dies im Sinne einer anderen ökonomischen Vernunft als jener von *Homines oeconomici* bzw. *Feminae oeconomicae*. Und sie definieren sich in aller Regel nicht nur als Besitzbürger (*Bourgeois*), sondern als mitgestaltende und mitverantwortliche Gesellschaftsmitglieder und Staatsbürger (*Citoyens*). Eine elementare Bestimmung der realen *Wirtschaftswelt* kann dementsprechend von drei inhaltlich sparsamen Leitgedanken oder Basispostulaten ausgehen:

- (1) Die Wirtschaftssubjekte sind keine eindimensional denkenden Homines oeconomici, sondern Wirtschaftsbürger und -bürgerinnen mit (mehr oder weniger viel) republikanischem Gemeinsinn.
- (2) Das Wirtschaften wird von ihnen instrumental als Beitrag zum guten Leben aufgefasst.
- (3) Vernünftiges Wirtschaften setzt mehr voraus als „rein“ ökonomische Rationalität, nämlich eine sozialökonomische Rationalitätsidee, die das Wirtschaften in Beziehung zu den Lebensentwürfen der Akteure und zu ihrem Leitbild des gesellschaftlichen Zusammenlebens setzt.

Diese drei Basispostulate stehen selbst schon in einem bestimmten geschichtlich gewordenen Kontext, nämlich dem einer modernen, aufgeklärten Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger. Sie implizieren somit unausweichlich einen *normativen* Vorgriff auf ein Vernunftideal – aber es ist dies ein Ideal, das sich (bisher zumindest im Okzident) als geschichtsmächtiger Fortschrittsentwurf erwiesen hat und gerade deshalb durchaus *realen* Gehalt hat. Irgendeine normativ orientierte „preanalytic vision“ (Biesecker/ Kesting 2003: 4) ist wohl gemerkt *jedem* wissenschaftlichen Ansatz eigen, auch wenn er nicht auf normative (praktische) Handlungsorientierung, sondern allein auf theoretische Erklärung der vorgefundenen Wirklichkeit zielt. Denn jeder Versuch, die humane und gesellschaftliche Realität „objektiv“ zu bestimmen, scheitert gerade am wesensgemäßen Grundmerkmal des Menschen als kulturelles *Subjekt* seiner eigenen „Natur“, seiner Lebensform und seiner Lebenswelt (Ulrich 1993: 31ff.). Noch durch die begrifflichen Konstrukte, mit denen wir unsere *Praxis* zu beschreiben und zu charakterisieren bemüht sind, sind wir der Kultur- und Geistesgeschichte verhaftet und schreiben wir sie fort. Aus dieser Verhaftung in einer geschichtlich entstandenen Denk- und Handlungspraxis können auch akademische Theorien nicht aussteigen. Es besteht also nicht die Wahl zwischen normativ vorgeprägter und „wertfreier“ Wirtschafts- oder Sozialwissenschaft, sondern nur die zwischen der Ausblendung oder der Reflexion der normativen „Filter“, durch die sie ihren Gegenstandsbereich wahrnimmt. Vernünftig ist es unter diesen Umständen, die unausweichlichen normativen Prämissen und Implikationen jeder theoretischen Aussage über Praxiszusammenhänge möglichst gründlich zu reflektieren und zu erhellen, um die Adressaten *und* die Autoren der Wissenschaft zu einem bewussten und selbstkritischen Umgang mit deren Voraussetzungen und Implikationen anzuregen.

Methodologisch bedeutet das nicht etwa, dass empirisch gehaltvolle, also erklärend und prognostisch verwendbare Wirtschaftstheorie gänzlich unmöglich sei, wohl aber den *Primat der praktischen vor der theoretischen Vernunft*. Und das heißt, dass der Geltungsanspruch der Theorie stets durch den normativen Kontext des „Wirtschafts-

lebens“ begrenzt wird, das konkrete Menschen in einer realen Gesellschaft führen *wollen* und zu führen in der Lage sind. Jede Vorstellung von einer „lebensdienlichen“ Bewirtschaftung von Lebensmitteln im weitesten Sinn, jeder Begriff rationalen Wirtschaftens und jedes Konzept der Wirtschaftssubjekte impliziert also unausweichlich einen solchen normativen Vorgriff. Aus dem Subjektcharakter der (Quasi-) Objekte „objektiver“ Ökonomik erklärt sich auch, weshalb die prognostische Kompetenz noch so aufwändiger empirischer Wirtschaftsforschung (z. B. Konjunkturforschung) prinzipiell begrenzt bleibt. Zwar mag ihre Prognosekraft umso größer sein, je besser der theoretisch modellierte Kontext mit dem tatsächlichen „Wirtschaftsleben“ und dem Selbstverständnis der Akteure übereinstimmt. Aber gleichwohl lassen sich soziale bzw. ökonomische „Gesetze“, die das zu erwartende *Verhalten* der Wirtschaftssubjekte modellieren und voraussagen, eben schlicht dadurch „falsifizieren“, dass diese Akteure – als freie Personen – sich um den ihnen zugeschriebenen „rationalen“ Determinismus (vgl. oben, Abschn. 2) von *Homines oeconomici* füttern und buchstäblich eigenwillig *handeln* ...

Alle Ökonomie ist also, ob das ihrem Selbstverständnis entspricht oder nicht, in ihrem praktischen Orientierungs- und theoretischen Erklärungsgehalt beschränkt auf den normativen Kontext, den das implizit oder explizit vorausgesetzte Leitbild vom guten Leben und richtigen gesellschaftlichen Zusammenleben der Wirtschaftsakteure bildet. Kürzer formuliert: Alle ökonomische Theorie mitsamt der „reinen“ Ökonomik ist kontextgebundene *Sozialökonomie* – es gibt keine „reine“ oder „autonome“ Ökonomik. Ganz in diesem Sinn hat ja schon Max Weber (1973: 161ff.) nicht nur die „Einseitigkeit“, sondern auch die „Unwirklichkeit der rein ökonomischen Interpretation des Geschichtlichen“ (170) kritisiert und auf die „allgemeine Kulturbedeutung der sozialökonomischen Struktur des menschlichen Gemeinschaftslebens“ (165) hingewiesen. Überhaupt erst die „Beziehung der Wirklichkeit auf Wertideen“ verleihe der Wirtschaftswissenschaft als der „Kulturwissenschaft“, die sie letztlich ist, Bedeutung (176). Und diese Bedeutung verändert sich in der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte: „Aber irgendwann wechselt die Farbe: die Bedeutung der unreflektiert verwerteten Gesichtspunkte wird unsicher, der Weg verliert sich in die Dämmerung. Das Licht der großen Kulturprobleme ist weiter gezogen. Dann rüstet sich auch die Wissenschaft, ihren Standort und ihren Begriffsapparat zu wechseln ...“ (214).

4. Vom ökonomischen zum soziologischen Determinismus? Das Dilemma theoretischer Sozialökonomie

Die „Unwirklichkeit“ (Weber) einer rein ökonomischen Wirklichkeitserklärung legt es nahe, empirisch gehaltvolle Wirtschaftswissenschaft als *theoretische Sozialökonomie* zu konzipieren, die ihren historischen und normativen Kontext mitbetrachtet und die Prädispositionen der Wirtschaftssubjekte sowie die prinzipiellen Grenzen ihrer objektiven Bestimmung reflektiert. Eine in diesem Sinne kontextbewusste Sozialökonomie verliert wohl oder übel ihre Autonomie gegenüber den (übrigen) Sozialwissenschaften; sie impliziert eine sozialwissenschaftliche *Öffnung* der Ökonomik. Gemeint ist damit notabene so ziemlich genau das Gegenteil jener „sozialwissenschaftlichen“ *Anwendung* des „ökonomischen Ansatzes zur Erklärung menschlichen Verhaltens“, den Gary S. Becker (1982) entfaltet und Bruno S. Frey (1990) auf das zunächst doppeldeutige Motto „Ökonomie ist Sozialwissenschaft“ gebracht hat, das im Untertitel seines Buches („Die Anwendung der Ökonomie auf neue Gebiete“) dann aus Webers Sicht eindeutig verkehrt interpretiert worden ist.

Allerdings liegt es in der Konsequenz einer sozialwissenschaftlichen Öffnung der Ökonomik, dass sie letztlich in Wirtschaftssoziologie, in „the sociology of economic life“ (Granovetter/ Swedberg 1992) aufgehen müsste. Schon aus Gründen ihrer akademischen Identitätsbehauptung hat sich die überwiegende Mehrheit der Ökonomen auf die Soziologisierung ihrer Disziplin daher noch nie eingelassen, obschon sie seit Jahrzehnten teilweise durchaus von prominenter Seite postuliert wird, so im deutschsprachigen Raum namentlich von Hans Albert (1967), zu dessen Kritischem Rationalismus als methodologischer Position sich der Mainstream der Zunft ansonsten (zu Recht oder zu Unrecht) gerne zu bekennen pflegt.

Und die Ökonomen tun m.E. in der Tat gut daran, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Es geht nicht darum, auf das Identitätsprinzip ihrer Disziplin, nämlich ihren Gesichtspunkt der ökonomischen Rationalität, schlicht zu verzichten, sondern darum, es weiter zu entwickeln zu einer konsequenterweise ebenfalls kontextuell eingebetteten Perspektive ökonomischer Vernunft oder vernünftigen Wirtschaftens. Mit andern Worten: Ökonomie kann und soll auch als Sozialökonomie eine Wissenschaft vom vernünftigen *Handeln* bleiben, gleich ob ihr Rationalitätskonzept als handlungsorientierende Leitidee dient oder als *as-if*-Modell, an dem sich im Sinne von Max Webers (1973: 190ff.) idealtypischer Methode die Wirklichkeitsinterpretation – quasi als situationsspezifische Abstandsmessung im Lichte eines kulturell bedeutsamen gedanklichen Konstrukts – orientiert.

Würde sich stattdessen theoretische Sozialökonomie in empirisch-analytischer *Verhaltenswissenschaft* auflösen, so käme dies nicht wirklich einer Überwindung des ökonomischen Determinismus gleich, den wir in Abschnitt 2 als paradoxen „rationalen Determinismus“ begriffen haben, sondern bloß seiner Substitution (oder bei Mischformen: Verdoppelung) durch einen *soziologischen Determinismus*. Homo oeconomicus als „undersocialized man“ würde ersetzt durch Homo sociologicus (Dahrendorf 1959), jenen „oversocialized man“ (Wrong 1961), der sich – wie eine Marionette – als total heteronom kontrolliertes Objekt äußerer Einflussfaktoren bloß noch adaptiv verhält und jeglicher autonomer Intentionen ermangelt (vgl. dazu Ulrich 1993: 257ff. sowie Granovetter 1992: 54ff.). Es handelt sich hier um eine schlechte Alternative, denn beide methodologischen Konzepte deterministischer (Sozial-) Ökonomie verfehlen buchstäblich den „entscheidenden“ Punkt, nämlich das emanzipatorische Potential vernünftiger Selbstbestimmung, das wir freien Bürgern und Bürgerinnen zubilligen wollen und sollen. Diese *dem Kontext einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft angemessene Rationalitätsunterstellung* einer wirklich liberalen Ökonomie mag selbstverständlich im Einzelfall empirisch widerlegt werden – doch diesbezüglich hat ihr die „rein“ ökonomische Rationalitätsunterstellung, wie sie der ökonomische Determinismus *as if* voraussetzt, nichts voraus. Keines der beiden deterministischen Konzepte, weder das „rein“ ökonomische noch das soziologische, ist „realistischer“ als ein auf vernünftige Selbstbestimmung zielender Ansatz. Denn der Freiheits- und Selbstbestimmungsanspruch der Menschen ist in der Moderne selbst ein grundlegendes kulturelles Faktum, mag dieses auch wiederum im Einzelfall falsifizierbar sein. Freien Personen steht es jedenfalls grundsätzlich frei, sich ihre eigenen Vorstellungen von vernünftigem Wirtschaften zu machen, je nachdem, als wer sie sich verstehen und wie sie leben möchten.

Nun ist eine moderne „Volkswirtschaft“ ja eine komplex-arbeitsteilige gesellschaftliche Kooperationsveranstaltung. Somit setzt ihre rationale Deutung unausweichlich auch übergreifende Leitideen einer vernünftig in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingebetteten Wirtschaft voraus. Eine ihrem gesellschaftlichen Kontext angemessene Sozialökonomie hat sich demnach mit dem Leitbild einer wohlgeordneten Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger auseinander zu setzen, in deren Kontext sie das Wirtschaften hinsichtlich seiner Rationalität bzw. Vernünftigkeit interpretieren möchte. Nur im (normativen!) Licht dieses Leitbilds können sozialökonomische Rationalitätsurteile überhaupt irgendeinen begründeten Gehalt haben. Einer theoretischen Sozialökonomie, die in szientistischer (d.h. quasi-naturwissenschaftlicher) Manier dem soziologischen Determinismus huldigt, bliebe diese auch theoretisch entscheidende normativ-kritische Reflexion auf die soziokulturelle Bedeutung dessen, was sie „erklärt“, genauso versperrt wie dem ökonomischen Determinismus.

Letzterer hat sich (implizit oder explizit) von vornherein entschieden für einen strikten normativen Individualismus und das ihm korrespondierende Leitbild eines strikten Markt- oder Wirtschaftsliberalismus, nämlich für eine totale Marktgesellschaft, die allein auf der normativen Logik des Vorteilsaustausches beruht (Ulrich 2001: 184ff.). Das verträgt sich jedoch in keiner Weise mit dem „vernünftigen Pluralismus“ von Lebensentwürfen, wie er dem liberalen Prinzip im Sinne eines aufgeklärten politischen Liberalismus (Rawls 1993: 336ff.) entspricht. Um diese Unverträglichkeit, ja Gegensätzlichkeit zwischen purem Wirtschaftsliberalismus und dem politisch-liberalen Leitbild einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und als solche gleicher BürgerInnen überhaupt begreifen zu können, tut – wenn man es analog zum Postulat der sozialwissenschaftlichen Öffnung formulieren mag – eine *politisch-philosophische und wirtschaftsethische Öffnung* der Sozialökonomie Not, womit sie in der hier vorgeschlagenen Terminologie zur Praktischen Sozialökonomie wird.

5. Im Spannungsfeld zwischen Bürgerfreiheit und „freiem“ Markt: Ausgangspunkte Praktischer Sozialökonomie

Eine „rational“ in den modernen gesellschaftlichen Kontext eingebettete Wirtschaftsform und Wirtschaftsordnung lässt sich nur mehr intersubjektiv im „öffentlichen Vernunftgebrauch“ (Kant 1982: 55; Rawls 1993: 212ff.) mündiger BürgerInnen bestimmen. Dies geschieht zwar stets auf einem vorgefundenen geschichtlichen „Pfad“ (Swedberg/ Granovetter 1992: 17f.), bleibt aber – als unabschließbare zivilisatorische Aufgabe – in die Zukunft hinein prinzipiell offen. Es gibt daher „kein festes ‚Bett‘, in das die Ökonomie hineingelegt werden könnte“ (Biesecker 2003: 69). Jenseits aller deterministischen Ansätze handelt es sich beim gesellschaftlichen (*re-*) *embedding* des Wirtschaftens in jedem Sinn des Begriffs um eine *praktische* Aufgabe, deren Subjekte die Bürger und Bürgerinnen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft selbst sind, und zwar in doppelter Hinsicht als „AutorInnen“ ihrer selbstbestimmten individuellen Wirtschafts- und Lebensform und als StaatsbürgerInnen, die gleichberechtigt an der „res publica“, der öffentlichen Bestimmung der Grundsätze des fairen und gerechten Zusammenlebens unter freien BürgerInnen, partizipieren.

Die Reflexion auf *möglichst* allgemeingültige Grundsätze einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und (als solche) gleicher Bürger ist das klassische Thema der modernen politischen Philosophie, genauer: jener des politischen Liberalismus. Dessen Kernidee besteht darin, jedem Gesellschaftsmitglied – genannt „Bürger(in)“ – die gleiche größtmögliche, d.h. verallgemeinerungsfähige reale Freiheit zu gewährleisten.

Jedermann soll nach seiner Façon „selig“ oder glücklich werden dürfen, oder anders gesagt: Religiöse und politische Bindung, Weltanschauung und Lebensform sind Privatsache, solange sie nicht das gleiche Grundrecht anderer BürgerInnen auf die freie Wahl von Religion, Weltanschauung und Lebensform tangieren. Der Rechtsstaat und die von ihm etablierte Ordnung haben weltanschaulich neutral und gegenüber den verschiedenen Lebensformen unparteilich zu sein. Der erwähnte „vernünftige“ Pluralismus meint genau diese Bereitschaft, nur solche Weltanschauungen, Handlungsweisen und Lebensentwürfe zu verfolgen, die mit der unparteilichen Grundstruktur liberaler Gerechtigkeit vereinbar sind. Daraus ergibt sich eine höchst bedeutsame Konsequenz: Damit der Staat eben diese liberale Ordnung, die einen vernünftigen Pluralismus ermöglichen soll, vor Partikulärinteressen, Macht und Willkür schützen kann, ist der Primat der Politik vor dem „freien“ wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräftespiel geboten. Politischer Liberalismus hat nichts mit Laisser-faire und Willkürfreiheit der Stärkeren zu tun!

Da aber die Inhaber der realen Macht in der Gesellschaft – namentlich der Macht des Geldes – sich realpolitisch oft durchaus gegen die Grundsätze einer wohlgeordneten Gesellschaft freier Bürger und Bürgerinnen durchsetzen können, wenn sie es wirklich wollen, ist auch auf demokratischem Weg buchstäblich kein liberaler Staat zu machen ohne BürgerInnen, die mehrheitlich eine gewisse moralische Orientierung mitbringen, nämlich einen gesunden *Bürgersinn*. Gemeint ist damit die Fähigkeit, die Grundstruktur liberaler Gerechtigkeit zu verstehen, und die prinzipielle Bereitschaft, das eigene Vorteils-, Nutzen- und Erfolgsstreben in diese aus vernünftiger Einsicht einzubinden. Ganz analog zu unseren Überlegungen bezüglich der einer modernen Gesellschaft angemessenen methodischen Rationalitätsunterstellung der Sozialökonomie richtet sich also auch das politisch-philosophisch vernünftige Leitbild des politischen Liberalismus nicht an rationale Egoisten, die sich auf andere Personen stets nur unter dem Interesse der je privaten Vorteilsmaximierung einlassen, sondern an vernünftige Bürger, die sich wechselseitig als freie und gleiche Bürger achten und anerkennen und eben darum eine den politisch-liberalen Grundsätzen entsprechende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung *wollen* (Hinsch 1992: 17).

Vernünftigerweise gilt es in die Grundsätze einer so verstandenen liberalen Gesellschaft auch das wirtschaftliche Handeln und den „freien“ Markt einzubinden. Daraus ergeben sich *drei normativ „sparsame“ Ansatzpunkte Praktischer Sozialökonomie*: zum Ersten ein politisch-liberaler Begriff des modernen Wirtschaftsbürgers (Abschn. 5.1), zum Zweiten ein leitender normativer Gesichtspunkt für eine wahrhaft liberale Wirtschaftsordnung (Abschn. 5.2) und zum Dritten methodische Konsequenzen für das Verhältnis von Sozial- und Systemökonomie (Abschn. 5.3).

5.1 Das republikanische Ethos moderner WirtschaftsbürgerInnen

Wirtschaftssubjekte mit entwickeltem Bürgersinn werden ihr wirtschaftliches Handeln nicht von ihrem Selbstverständnis als Bürger einer wohlgeordneten freiheitlichen Gesellschaft abkoppeln, also ihren „Geschäftssinn“ nicht von ihrem Bürgersinn abspalten. Genau in diesem Sinn wollen sie auch in ihrem Wirtschaftsleben *integer* bleiben. Das so verstandene *republikanische Wirtschaftsethos* (Ulrich 2001: 299, 317) setzt keine weltfremden „Gutmenschen“ oder „Tugendbolzen“ voraus, sondern lässt den WirtschaftsbürgerInnen durchaus viel Freiraum für gesundes Vorteils- und Erfolgsstreben. Das *minimum moralium* integrierter Wirtschaftsbürger und -bürgerinnen besteht nur darin, dass sie dies *innerhalb* der Spielregeln des vernünftigen Pluralismus und nicht gegen diese tun. Soweit sie sich als mitverantwortliche Bürgerinnen und Bürger verstehen, empfinden sie dies noch nicht einmal als eine Einschränkung, denn – und das ist die Pointe des Wirtschaftsbürger-Konzepts – von ihrem ganzen (ungespaltenen) Selbstverständnis her *wollen* sie überhaupt keinen anderen persönlichen Erfolg als solchen, den sie im Lichte des Leitbilds der Gesellschaft, in der sie leben möchten und als deren Mitträger sie sich verstehen, vernünftigerweise als legitim vertreten können.

Entgegen einer landläufigen Unterstellung vonseiten jener, die sich zwischen purem Egoismus und selbstlosem Altruismus nichts Drittes denken können, fordert also eine moderne Wirtschaftsbürgerethik von den Wirtschaftsakteuren keineswegs jeglichen Verzicht auf eigeninteressiertes Handeln oder Vorteilsstreben, sondern mutet ihnen lediglich eine *ethisch integrierte Erfolgsorientierung* zu (Ulrich 2000a: 557; ders. 2000b: 637f.; ders. 2002: 106). Nur weil sich solche integrative Wirtschaftsethik nicht auf Moralökonomik reduziert, sondern die sachgemäße Rangordnung zwischen vernunftethischem Moralprinzip und „Eigennutzenprinzip“ wahrt (Primat der Ethik), ist sie noch lange keine hoffnungslos weltfremde „Opfer-Ethik“ (Pies 2000: 605) – vielmehr zeigt sie das aufgeklärte, *legitime* Eigeninteresse sozial integrierter und verantwortungsbewusster Bürger und Bürgerinnen im Kontext einer liberalen Gesellschaft auf. Es gehört in einer Gesellschaft freier BürgerInnen, ganz im Gegensatz zur (sehr normativen!) ökonomistischen Auffassung von Pies, eben keineswegs „zur Würde des Menschen, vor der Zumutung bewahrt zu werden, gegen eigene Interessen verstoßen zu sollen“ (Pies 2000: 605). Vielmehr gehört zum ethisch-politischen Kontext ökonomischer Vernunft die erwähnte *politisch-liberale Rationalitätsunterstellung*, der gemäß sich die WirtschaftsbürgerInnen gerade umgekehrt die Rücksichtnahme auf die Voraussetzungen der allgemeinen Freiheit wechselseitig zumuten lassen. Ohne diese minimale praktische Vernunftzumutung würde sich die Suche nach einer wirklich rationalen Wirtschaftsordnung von vornherein erübrigen, denn die Alternative wäre ja

gerade die Ablehnung des vernünftigen Pluralismus (Rawls) zugunsten einer dogmatisch vertretenen partikulären Weltanschauung – und sei es auch jene eines puren Marktliberalismus, wie wir gleich noch sehen werden (Abschn. 5.2). Praktische Sozialökonomie beginnt daher damit, im gedanklichen Ansatz die *Homines oeconomici* der neoklassischen Denkwelt erst einmal hinreichend zu „zivilisieren“ – und auf dieser Basis den realen Wirtschaftssubjekten in ihrem Bildungsprozess einen entsprechenden wirtschaftsbürgerlichen Unterricht zu bieten.

Integre Wirtschaftsbürger und -bürgerinnen werden das neoklassische ökonomische „Rationalprinzip“, das jenes eines *Homo oeconomicus* ist, nicht mehr als für sie hinreichendes Kriterium vernünftigen Wirtschaftens wahrnehmen. Ein solches müsste, ihrer ethisch integrierten Erfolgsorientierung entsprechend, die ethischen Gesichtspunkte schon in den Begriff und die Leitidee wirtschaftlicher Vernunft integrieren. Geht man vom diskursethischen und politisch-philosophischen Leitgedanken aus, dass freie und mündige BürgerInnen sich über die Grundsätze des Zusammenlebens, mithin auch der „Volkswirtschaft“, im öffentlichen Vernunftgebrauch (Kant) verständigen, so lässt sich für die ethische Integration der ökonomischen Rationalität durchaus eine regulative *sozialökonomische Rationalitätsidee* definieren (Ulrich 2001: 120ff.): Als ökonomisch vernünftig (sozialökonomisch rational) sollen nur solche Formen des Wirtschaftens gelten, die einerseits im Hinblick auf den je persönlichen Entwurf der Akteure vom guten Leben „wertschaffend“ und insofern effizient sind und andererseits von ihnen gegenüber allen Betroffenen mit vernünftigen (d.h. unparteilich begründbaren) Gründen vertretbar sind.

Diese sozialökonomische Rationalitätsidee negiert oder vernachlässigt den „rein“ ökonomischen Gesichtspunkt des effizienten Einsatzes knapper Mittel keineswegs, vielmehr macht sie ihn gegenüber der schlechten Abstraktheit der neoklassischen Ökonomik lebenspraktisch gehaltvoller und stärker, indem sie die rationale Beantwortung der logisch vorrangigen Fragen, *wofür* und *für wen* konkret denn effizient gewirtschaftet werden soll, einbezieht. Die so verstandene *ganze* ökonomische Vernunft umfasst also immer drei Momente vernünftigen Handelns: Sinn, Gerechtigkeit und Effizienz *im Hinblick* auf geklärte Sinnorientierungen und Legitimitätsbedingungen. Gewiss stellt diese regulative Idee sozialökonomischer Rationalität nicht mehr, aber auch nicht weniger als den *moral point of view* einer Vernunftethik des Wirtschaftens dar. Es bleibt die Aufgabe einer so fundierten und orientierten Praktischen Sozialökonomie, reale Möglichkeiten und Schwierigkeiten vernünftigen Wirtschaftens in konkreten Situationszusammenhängen zu analysieren und so den öffentlichen Vernunftgebrauch der mündigen Bürgerinnen und Bürger wissenschaftlich zu unterstützen.

5.2 Das bürgergesellschaftliche Leitbild einer liberalen Wirtschaftsordnung

Freie Bürger und Bürgerinnen kommen vor dem „freien“ Markt. Dieses Prinzip macht den grundlegenden Unterschied zwischen politischem Liberalismus und bloßem Wirtschaftsliberalismus aus. Die sich daraus ergebende Aufgabe der „Zivilisierung“ der Marktwirtschaft wirft zwei spezifische ordnungspolitische Probleme auf, an deren Bewältigung sich Praktische Sozialökonomie wird bewähren müssen.

Zunächst gilt es zu beachten, dass die marktwirtschaftliche Logik des Vorteilstausches mit dem politisch-liberalen Postulat der Neutralität und Unparteilichkeit der gesellschaftlichen Ordnung gegenüber den verschiedenen Lebensentwürfen sich nicht spannungsfrei verträgt. Die *Marktlogik ist parteilich* zu Gunsten einer im weiteren Sinn des Begriffs unternehmerischen Lebensform, die sich am wirtschaftlichen Erfolg im Wettbewerb (sei es auf dem Güter-, Dienstleistungs- oder Arbeitsmarkt) orientiert. Unter den Bedingungen des Kapitalismus, der die Verfügungsrechte über Unternehmen auf das Kapitaleigentum abstützt, bedeutet das die systematische Parteilichkeit für Einkommens- bzw. Kapitalverwertungsinteressen derjenigen, die über verwertbares Kapital in welcher Form auch immer (Finanz-, Sach- oder Humankapital) verfügen (Ulrich 2001: 148ff.). Eben deshalb lässt sich eine freiheitliche Gesellschaft nicht als totale Marktgesellschaft denken! Die neoklassisch geprägte Standardökonomik verdeckt diese strukturelle Parteilichkeit einer „freien“ Marktwirtschaft auf Privateigentumsbasis durch die „kommunistische Fiktion“ (Myrdal 1976: 48, 113, 129) einer *allgemeinen* (Pareto-) Effizienz, die allen zugute käme. Dies läuft auf die aus politisch-philosophischer Sicht fehlgeleitete Vorstellung eines volkswirtschaftlichen Kollektivsubjekts hinaus, das wie *ein* Mann, nämlich Homo oeconomicus, seinen „Volkswohlstand“ zu maximieren trachte. Die normative Wendung dieser Sichtweise zum vermeintlich rationalen Postulat einer primär produktivitäts- und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und die entsprechende Bevorzugung von Rezepten der Liberalisierung der Märkte, der Deregulierung des Wettbewerbs und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen liegt dann nahe.

Wie Rawls (1979: 336) in besonders resonanzreicher Weise gezeigt hat, verletzt die utilitaristische Gemeinwohlfiktion des Wirtschaftsliberalismus jedoch in prekärer Weise als das *liberale Prinzip*, wie es durch seinen ersten, gegenüber allen ökonomischen (Effizienz-) Aspekten ausdrücklich als vorrangig bezeichneten Gerechtigkeitsgrundsatz formuliert wird: „Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.“ Gerechtigkeit im Sinne des politischen Liberalismus heißt also, dass eine freiheitliche Gesellschaft kategorisch die gleiche größtmögliche Freiheit aller BürgerInnen zu gewährleisten

hat. Zumindest in dieser Hinsicht gilt es die Logik des Marktes in die Grundstruktur einer liberalen Gesellschaft einzubinden und dem Primat der Politik unterzuordnen.

An diesem Punkt stellt sich jedoch eine zweite Grundfrage, nämlich die nach dem genauen Freiheitsbegriff: Ist dieser nur *formal* zu definieren im Sinne der rechtsstaatlich verbrieften gleichen Freiheitsrechte aller BürgerInnen, oder erstreckt er sich auch auf die sozioökonomischen Voraussetzungen *realer Freiheit*, verstanden als das konkrete Vermögen, im Rahmen des „vernünftigen Pluralismus“ (Rawls) einen selbstbestimmten Lebensentwurf zu verfolgen? Im zweiten Fall kommt es über die Gewährleistung fairer Chancengleichheit hinaus auch auf die Sicherstellung freiheitsverträglicher Verteilungsergebnisse des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs an. Verträglich mit dem Prinzip realer Freiheit sind dann nur solche Lebenslagen, die den Subjekten jene wesentlichen Optionen eines vollwertigen und gleichberechtigten „bürgerlichen“ Lebens ermöglichen, ohne die sie von der effektiven Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wären und bald einmal sowohl die gesellschaftliche Achtung als auch die Selbstachtung verlieren würden. Das setzt eine „anständige“ Gesellschaft voraus, die bezüglich der ihren Mitgliedern zugemuteten realen Lebenslagen niemanden demütigt (Margalit 1997). Die allgemeine reale Freiheit ist insofern von sozialökonomischen Bedingungen nicht abzulösen. Bezüglich dieses Zusammenhangs bleibt Rawls' Konzept des politischen Liberalismus jedoch eigentümlich unscharf und ambivalent. Deshalb bevorzuge ich den Begriff des *republikanischen Liberalismus* (Ulrich 2001: 295ff.), gehört doch zum republikanischen Bürgerethos das moralische Interesse der Bürger und Bürgerinnen an der wechselseitigen Achtung und Anerkennung als Freie und Gleiche, wie wir oben gesehen haben. Und das impliziert das Interesse an nicht-demütigenden Lebenslagen für alle, denn nur als sozial integrierte Gesellschaftsmitglieder können Menschen überhaupt die personale Identität freier und sich wechselseitig achtender BürgerInnen entwickeln.

Aus dieser Perspektive geht übrigens die neoklassische Axiomatik von einem sozialpsychologisch vollkommen realitätsfernen Menschenbild einer präsozial gegebenen personalen Identität aus, wenn sie einfach die voraussetzungslose „natürliche“ Freiheit der Wirtschaftssubjekte unterstellt und ihnen – im methodologischen Individualismus – alle gesellschafts- oder tauschvertragliche Vergesellschaftung systematisch *nachordnet* (vgl. dazu Ulrich 1992). Es gehört demgegenüber zu den vornehmsten, aber auch anspruchsvollsten Aufgaben praktischer Sozialökonomie, die sozialen und wirtschaftlichen *Voraussetzungen* zu klären und zu berücksichtigen, unter denen sich freiheits- und autonomiefähige Personen tatsächlich entwickeln und unter denen sie ein real freies Leben führen können. Die Aktualität und Brisanz dieser sozialökonomischen Fragestellung liegt nicht zuletzt darin, dass sich erst mit ihrer Beantwortung jene dringend benötigten rationalen Orientierungsgesichtspunkte einer liberalen und

emanzipatorischen Sozialpolitik finden lassen werden, die gerade um des (wohlverstandenen) liberalen Prinzips willen den Vorrang vor den Effizienzverheißungen des Wirtschaftsliberalismus verdienen.

5.3 Das Verhältnis von Sozial- und Systemökonomie

Das richtige Maß an *relativer* Autonomie und zugelassener „Eigensinnigkeit“ der marktwirtschaftlichen Systemlogik ist selbst schon als eine normative Bestimmung zu begreifen, die nicht in der Theorie, d.h. von irgendwelchen Experten, sondern in der Praxis im öffentlichen Vernunftgebrauch der BürgerInnen vorzunehmen ist. Es ist die spezifische Aufgabe Praktischer Sozialökonomie, gegenüber den faktischen politisch-ökonomischen Verhältnissen aus einer kritischen Reflexionsdistanz in möglichst unparteilicher Weise ihre integrative Orientierungsperspektive vernünftigen Wirtschaftens zur Geltung zu bringen – als *normativ-kritische Sozialökonomie*.

Aufgrund der gebotenen Offenheit der Praktischen Sozialökonomie für die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Praxis sollte sie der herkömmlichen, „rein“ *funktionalen Systemökonomie*, als welche die neoklassische Logik des marktlichen Vorteilstausches praktisch wird, jedoch keineswegs einfach als totale Alternative entgegenreten. Letztere hat in Praktischer Sozialökonomie durchaus Platz, wenn auch nur noch als systematisch nachrangige Perspektive mit *partieller*, eben rein (system-) funktionalem Rationalitätsanspruch, der nicht aus dem Gesamtkontext vernünftigen Wirtschaftens herausgelöst werden darf. Der alte aristotelische Dualismus zwischen einer lebenspraktischen Versorgungsökonomie (Oikonomia) und einer tendenziell verselbständigten Erwerbsökonomie (Chrematistik), mit der wir in Abschnitt 1 angefangen haben, bildet in etwas veränderter Form auch heute noch immer eine reale, für die moderne Welt sogar charakteristische Spannungslinie ab. Diese lässt sich in der „Theorie“ so wenig wie in der gesellschaftlichen Realität aufheben, vielmehr gilt es sie konzeptionell offen zu halten – im dualistischen Programm von normativ-kritischer Sozialökonomie und funktionaler Systemökonomie. Diese hat die Aufgabe, die „eigensinnige“ Systemlogik „frei“ gestellter marktwirtschaftlicher Wettbewerbsprozesse zu analysieren, jene die Aufgabe, die angemessene normative Einbindung des marktwirtschaftlichen Systems unter Gesichtspunkten lebenspraktischer Vernunft zu begründen, wofür ihr systematisch der Primat gebührt.

Praktische Sozialökonomie soll als Oberbegriff konsequenterweise beide Perspektiven umfassen, jedoch nicht in einem bloß additiven Sinn: Das Postulat der ethischen Integration der ökonomischen Rationalität schlägt sich wissenschaftssystematisch im Primat der kritisch-normativen Sozialökonomie vor der funktionalen Systemökono-

mie nieder. Indem in einem solchen *asymmetrischen Perspektivendualismus* gleichwohl auch der latente funktionale „Eigensinn“ des real existierenden marktwirtschaftlichen Systems ernst genommen wird, kann überhaupt erst argumentationszugänglich gemacht werden, worin die Gefahren seiner zu weit gehenden Entfesselung und die daraus resultierenden Herausforderungen für eine in die Gesellschaft eingebettete Ökonomie bestehen. Wie weit umgekehrt der Primat der kritisch-normativen Sozialökonomie vor der funktionalen Systemökonomie ein „realistisches“ Konzept darstellt und wie weit „Praktische Sozialökonomie“ damit eine zukunftssträchtige Programmatik ist oder nicht, wird sich weniger in der Theorie als in der gesellschaftlichen Praxis entscheiden. Mag es auch vorerst nur eine Vernunftidee sein – sie wäre die einer Gesellschaft freier und mündiger WirtschaftsbürgerInnen angemessene, in jedem Sinne „spannende“ wirtschaftswissenschaftliche Programmatik, wie ich zu zeigen versucht habe (vgl. zu dieser dualistischen Programmatik schon Ulrich 1993: 354ff., weiterführend ders. 2003: 157ff.).

6. Das Konzept „MiSÖP“ aus der Perspektive Praktischer Sozialökonomie

Zu den bemerkenswertesten Versuchen, jenseits der neoklassischen Axiomatik eine *eingebettete Ökonomie* lehrmäßig auszuarbeiten, gehört zweifellos das Werk von Adelheid Biesecker und Stefan Kesting (2003). Es präsentiert eine „Mikroökonomik aus sozial-ökologischer Perspektive (MiSÖP)“, die das Wirtschaften von Grund auf als Beitrag zum guten Leben der Menschen unter Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen thematisiert – oder in einer umfassenden Kurzformel ausgedrückt: Sie geht von der „Rolle der Ökonomie als Mittel zum Lebenszweck“ (Biesecker/ Kesting 2003: 6) aus. Dem entspricht der Einbezug der gesamten Wirtschafts- und Lebenswelt in den Gegenstandsbereich des Ansatzes: Weder wird dieser – wie in der neoklassischen Tradition – auf die erwerbswirtschaftlichen Marktprozesse beschränkt noch – wie auf der jüngeren Linie einer universalen ökonomischen Verhaltens- und Institutionentheorie – die gesamte Lebenswelt allein unter dem ökonomischen Aspekt betrachtet; vielmehr werden die soziale Lebenswelt, die nicht-marktlichen Bereiche des Wirtschaftens (Versorgungsökonomie), die Politik und die Natur je in ihrem Eigenwert und ihrer eigenen Bedeutung für die Wohlfahrt der Menschen ernst genommen. Die eingebettete Ökonomie wird folgerichtig als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und damit als ein „pfadabhängiges“ Produkt real- und dogmengeschichtlicher Prozesse wahrgenommen, die es zu verstehen gilt (20ff.).

Als ein Moment der gesellschaftlichen Verhältnisse, das sich in der Wirtschaftswelt nicht weniger stark bemerkbar macht als etwa die Eigentumsverhältnisse, bezieht MiSÖP konsequenterweise auch die Rolle kultur- und zeitgeprägter Geschlechterverhältnisse in den verschiedenen Institutionen des Wirtschaftslebens ein. Besonders in der frühbürgerlich-kapitalistischen Marktwirtschaft schlagen sich diese unter anderem in einer lange Zeit fraglos für normal gehaltenen geschlechtsspezifischen Rollenteilung zwischen („männlicher“) Erwerbsarbeit und („weiblicher“) Versorgungs- oder Hausarbeit nieder. Von einer eingebetteten Ökonomie, welche die vielfältigen Formen des Wirtschaftens als mehrdimensionalen „Raum sozialen Handelns“ (Biesecker 1994) begreift, ist dies konsequent zu hinterfragen: Welcher implizite Entwurf vom guten Leben, welches Menschenbild lag oder liegt zum Teil immer noch der traditionellen Rollenzuteilung von Mann und Frau und der herkömmlichen Höherbewertung der („männlichen“) Erwerbswirtschaft gegenüber der („weiblichen“) Versorgungswirtschaft zugrunde? Welche ungenutzten Potenziale für das gute Leben von Mann und Frau bietet eine symmetrische Aufgabenteilung und eine neue Balance von Versorgungs- und Erwerbsökonomie? Und welche Anforderungen an diese Balance stellt die nachhaltige Einbettung der Ökonomie in die Natur?

Mit der gedankliche Wiedereinbettung der Marktwirtschaft in den umfassenden sozialen und ökologischen Lebenszusammenhang ändert sich unweigerlich auch das Verständnis von *vernünftigen* Wirtschaftsformen: „Produktivität“ und „Effizienz“ haben jetzt etwas mit den konkreten Lebenszwecken zu tun, denen das Wirtschaften dient, weshalb sie sich nicht mehr auf monetäre Kennziffern reduzieren lassen. Es gilt somit die ökonomischen Rationalitätsvorstellungen gleichsam als jeweilige ideelle Spitze eines bestimmten Vorverständnisses von den Verhältnissen zwischen Natur, Gesellschaft und Wirtschaft zu reflektieren und selbst vernünftig zu bestimmen. Es liegt auf der Hand, dass in dieser Perspektive speziell das neoklassische Verständnis von ökonomischer Rationalität kritisch zu durchleuchten ist als „Spitze“ eines Menschenbilds und Gesellschaftsideals, das sich hinter der methodologischen Immunisierungsstrategie eines angeblich nur „methodologischen Individualismus“ mehr schlecht als recht verbirgt: Homo oeconomicus modelliert eben nicht einfach zufällig einen „Robinson, der allein auf seiner Insel lebt“ (Biesecker/ Kesting 2003: 88). Der methodologische Individualismus ist tief verwurzelt in einem *normativen* (Besitz-) Individualismus, dem Gesellschaft und Staat immer nur als äußere Restriktion der als voraussetzungs- und grenzenlos gedachten „natürlichen“ (Willkür-) Freiheit erscheinen, statt zunächst einmal als die konstitutive Voraussetzung einer verallgemeinerungsfähigen republikanischen Freiheit, die sich freie und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger wechselseitig zugestehen (vgl. oben, Abschnitt 5.2).

In den schrittweisen Erweiterungen des jeweils implizierten Menschenbild und des korrespondierenden Rationalitätskonzepts finden Adelheid Biesecker und Stefan Kesting (2003: 125ff.) das überzeugende Kriterium zur systematischen Abgrenzung und Ordnung einer Vielzahl wirtschaftstheoretischer Ansätze – vom eng geführten ökonomischen Rationalismus (Ökonomismus) der Neoklassik über das „dual self“-Konzept der Humanistischen Ökonomie (Lutz/ Lux 1988) und das „multiple self“ im „I&We“-Paradigma der Sozioökonomie (Etzioni 1988) bis zum „Homo culturalis“ eines kritischen Institutionalismus auf der Linie von Veblen (1986) und zum „verallgemeinerten Anderen“ einer diskursethisch fundierten Praktischen Sozialökonomie, für die sich Biesecker und Kesting auf den Schreibenden beziehen. Schließlich ist der sozial eingebettete und mitverantwortliche Wirtschaftsakteur auch als „homo oecologicus“ zu reflektieren, der – vernünftigerweise – „auch gegenüber der natürlichen Mitwelt Verantwortung empfindet“ (164). Und last not least ist ein vernünftiges Wirtschaftssubjekt als ein „sorgendes Selbst“ zu denken, das den „konkreten Anderen“ in solidarischer Verantwortung begegnet, womit auch Momente „emotionaler Vernunft“ (171) in das sozialökonomische Rationalitätskonzept zu integrieren sind. Vernünftiges Wirtschaften wird damit letztlich im Ganzen – und eben nicht nur in einer Art Sonderzone außerhalb des eigentlichen Wirtschaftsraums – zum Orientierungsgesichtspunkt einer praktischen Disziplin, die im weitesten Sinn des Begriffs als „Careful Economics“ (Jochimsen 2003) bezeichnet werden könnte.

Es fällt nicht schwer, im MiSÖP-Konzept die drei weiter oben (in Abschnitt 3) formulierten Grundpostulate oder Leitgedanken einer realitätsgerecht eingebetteten (Sozial-) Ökonomie wiederzufinden. In ihrem Lichte betrachtet – eine umfassendere Würdigung ist hier nicht beabsichtigt – sind vor allem das instrumentelle Wirtschaftsverständnis (zweites Postulat) und die Suche nach einem erweiterten Rationalitätskonzept (drittes Postulat) konsequent umgesetzt. Auch hinsichtlich des Menschenbilds oder Personenkonzepts (erstes Postulat) werden die Homo-oeconomicus-Prämissen der Neoklassik sehr deutlich als eng geführter Spezialfall herausgearbeitet und mehrdimensionale Erweiterungsmöglichkeiten aufgezeigt. Allerdings kommt die für eine Praktische Sozialökonomie konstitutive Dimension des Menschenbilds, die der integren *Wirtschaftsbürgerin*, m.E. zu wenig konkret in den Blick. Der Grund ist wohl darin zu erkennen, dass die Ökonomie zwar in sozialer und ökologischer, nicht aber in politisch-philosophischer und wirtschaftsethischer Perspektive rekontextualisiert wird. Auch der Abschnitt „Das Menschenbild der Praktischen Sozialökonomik“ (159ff.) – bzw. Praktischen Sozialökonomie in meiner Begrifflichkeit – entfaltet aus meiner Sicht nur eine allgemeine diskursethische Perspektive; die in Abschnitt 5.1 dargelegte Pointe des republikanischen Wirtschaftsbürgerethos, nämlich die ethisch integrierte Erfolgsorientierung der BürgerInnen auch in ihrem Wirtschaftsleben, wird nicht be-

rührt. MiSÖP bietet daher noch nicht den praktischen Orientierungshorizont einer neuen Politischen Ökonomie, welche die antike und klassische Tradition integrativen ethisch-politisch-ökonomischen Denkens (aristotelische Trias) mit den Mittel moderner praktischer Philosophie wieder aufgreifen und fortführen könnte.

Damit mag es auch zusammenhängen, dass die der neoklassisch-ökonomischen Rationalitätsperspektive eigentümliche „normativ-explikative Doppelbedeutung ... als Erklärungsinstrument des *tatsächlichen* oder als Prinzip des *richtigen* Handelns“ (Albert 1972: 14) im MiSÖP-Ansatz m.E. epistemologisch kaum reflektiert wird. So findet sich auf Seite 39 explizit folgende Definition des Ansatzes (Hvh. P.U.): „MiSÖP ... ist eine Theorie, die das Handeln aktiver Menschen *erklärt*, die zur Gestaltung ihres Lebens wirtschaften müssen und dies nach *Prinzipien* tun, von denen sie *glauben*, dass sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ihnen ein möglichst ‚gutes Leben‘ sichern.“ Von der Aufgabe, entsprechende prinzipiengeleitete Handlungsorientierungen als Ausdruck vernünftigen Wirtschaftens zu *begründen*, ist nicht die Rede. Zwar enthält das Werk durchaus kritische Betrachtungen zur Problematik eines „richtigen“ Wohlfahrtskriteriums (439ff.) und zur Rolle des Staates als „Ermöglicher“ (461) eines gesellschaftsdienlichen Wirtschaftslebens bzw. einer entsprechenden normativen Ausrichtung der Funktionsweise des Wirtschaftssystems. Aber diese kritischen Reflexionen bleiben den Kapiteln zur sozialökonomischen Wirklichkeitserklärung *nachgeordnet* – als ob es zuvor, unabhängig von solchen praktischen (normativen) Bestimmungen, durch MiSÖP irgendetwas rein objektiv und wertfrei zu erklären gäbe. Ausgeblendet wird hier der systematische Primat praktischer vor theoretischer Sozialökonomie. Die den Wirtschaftsakteuren zugebilligten „Prinzipien“ (z. B. das erwerbswirtschaftliche Prinzip!?) werden nur als subjektive „Glaubens“-Prämissen betrachtet, denen implizit noch immer nur die Rolle verhaltens*determinierender* und damit -erklärender Faktoren zukommt. Das *praktische* Problem der autonomen Handlungsorientierung freier und integrierender WirtschaftsbürgerInnen, die an einem umfassend vernünftigen Wirtschaftsleben interessiert sind, ist somit noch nicht der durchgängig erkenntnisleitende Gesichtspunkt von MiSÖP. Vernünftige Praxis ist im Kern jedoch nichts anderes als verantwortete Freiheit! Wo es daher sachgerecht wäre, auch wirtschaftswissenschaftlich von einer republikanisch-ethisch begriffenen „Wirtschaftsfreiheit“ der Bürger und Bürgerinnen auszugehen, wird – gewiss nicht in der praktischen Intention der Autorin und des Autors, jedoch in der methodologischen Konzeption von MiSÖP – ein Stück weit noch immer auf einen soziologischen Determinismus als methodischen Weg zur Überwindung des ökonomischen Determinismus gesetzt (vgl. oben, Abschnitt 4).

Vielleicht aber ist genau dies der wissenschaftsprogrammatisch vorerst „realistische“ Zwischenschritt auf dem weiten Weg von der letztlich vormodernen, metaphysisch

verbürgten „autonomen Ökonomik“ des neoklassischen Typs über das sich heute zunehmend etablierende, aber wie gezeigt sich in verkehrter Richtung öffnende Paradigma von Ökonomik als allgemeiner Sozialwissenschaft bis zu einer zukünftigen, politisch-philosophisch und wirtschaftsethisch fundierten Praktischen Sozialökonomie. Als solche Schrittfolge habe ich mir die mögliche Entwicklung jedenfalls selbst seit längerem vorgestellt (Ulrich 1993: 341). So gesehen ist es wohl gerade eine Stärke von MiSÖP, dass sie mit ihrer primär erklärenden Perspektive an den aktuellen Mainstream der Disziplin anschlussfähig bleibt und ihren kritischen Stachel vor allem indirekt zur Wirkung bringt – mittels der tatsächlich viel erklärenden „Einbettung“ der neoklassischen Orthodoxie in den sozialen und natürlichen Raum der realen Wirtschaftswelt. Die List der Vernunft mag das Projekt in diesem Raum weiter treiben, wenn eine wachsende Zahl mündiger Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürger sich endlich in *ihrer* ökonomischen Vernunft *praktisch* herausgefordert fühlen.

Literatur

- Albert, Hans (1967): Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied/ Berlin: Luchterhand.
- Albert, Hans (1972): Ökonomische Ideologie und politische Theorie, 2. Aufl., Göttingen: Otto Schwartz & Co. (1. Aufl. 1954).
- Aristoteles (1980): Nikomachische Ethik, übers. von Franz Dirlmeier, Stuttgart: Reclam.
- Aristoteles (1981): Politik, übers. und hg. von Olof Gigon, 4. Aufl., München: dtv.
- Aristoteles (1984): Politik, übers. v. Franz Susemihl, o.O. 1965, auszugsweise wiederabgedruckt in: Michel Austin/ Pierre Vidal-Naquet: Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, München: Beck, 149-152.
- Becker, Gary S. (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Biesecker, Adelheid (1994): Ökonomie als Raum sozialen Handelns – Ein grundbegrifflicher Rahmen, in: Dies./ Klaus Grenzdörffer (Hg.): Ökonomie als Raum sozialen Handelns, Bremen: Donat, 7-15.
- Biesecker, Adelheid (2003): (Re)Produktivität als Grundkonzept geschlechterbewusster Analyse ökonomischen Handelns, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 4, 67-72.
- Biesecker, Adelheid/ Kesting, Stefan (2003): Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Sicht, München/ Wien: Oldenbourg.
- Brodbeck, Karl-Heinz (2000): Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie. Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften, 2. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Dahrendorf, Ralf (1959): *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*, Köln/ Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Etzioni, Amitai (1988): *The Moral Dimension. Toward a New Economics*, New York: Free Press.
- Frey, Bruno S. (1990): *Ökonomie ist Sozialwissenschaft. Die Anwendung der Ökonomie auf neue Gebiete*, München: Vahlen.
- Granovetter, Mark (1992): *Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness*, in: Ders./ Richard Swedberg (Eds.): *The Sociology of Economic Life*, Boulder/ San Francisco/ Oxford: Westview Press, 53-81.
- Hinsch, Wilfried (1992): *Einleitung zu: John Rawls, Die Idee des politischen Liberalismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 9-44.
- Hobbes, Thomas (1984): *Leviathan*, hg. von Iring Fetscher, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (orig. 1651).
- Jochimsen, Maren A. (2003): *Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science*, Boston/ Dordrecht/ London: Kluwer.
- Kant, Immanuel (1982): *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, in: Werkausgabe Bd. XI, hg. v. Wilhelm Weischedel, 6. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 51-61 (orig. 1783).
- Krüsselberg, Hans-Günter (1983): *Property Rights-Theorie und Wohlfahrtsökonomik*, in: Alfred Schüller (Hg.): *Property Rights und ökonomische Theorie*, München: Vahlen, 45-77.
- Lutz, Marc A./ Lux, Kenneth (1988): *Humanistic Economics. The New Challenge*, New York: The Bootstrap Press.
- Macpherson, Crawford B. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Margalit, Avishai (1997): *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*, Berlin: Alexander Fest.
- Meyer, Thomas (1989): *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*, Reinbek: Rowohlt.
- Myrdal, Gunnar (1933): *Das Zweck-Mittel-Problem in der Nationalökonomie*, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. VI, 305ff., wiederabgedruckt in: Ders.: *Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft*, 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1975, 213-233.
- Myrdal, Gunnar (1976): *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft (orig. 1932).
- Pätzen, Martin (1991): *Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems – ein Überblick*, in: Arnold Meyer-Faje/ Peter Ulrich (Hg.): *Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie*, Bern/ Stuttgart/ Wien: Haupt, 21-54.
- Pies, Ingo (2000): *Wie integrativ ist die Integrative Wirtschaftsethik Peter Ulrichs? – Über die Reflexionsdefizite einer sich kritisch gerierenden Grundlagenreflexion(spolemik)*, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 11, 604-606.

- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (orig. 1944).
- Rawls, John (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rawls, John (1992): *Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989*, hg. von Wilfried Hinsch, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Rawls, John (1993): *Political Liberalism*, New York: Columbia University Press.
- Schumpeter, Joseph (1908): *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*, Leipzig; Faksimile-Ausgabe Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen 1951.
- Swedberg, Richard/ Granovetter, Mark (1992): Introduction, in: Mark Granovetter/ Richard Swedberg (Eds.): *The Sociology of Economic Life*, Boulder/ San Francisco/ Oxford: Westview Press, 1-26.
- Ulrich, Peter (1991): Der kritische Adam Smith – im Spannungsfeld zwischen sittlichem Gefühl und ethischer Vernunft, in: Arnold Meyer-Faje/ Peter Ulrich (Hg.): *Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie*, Bern/ Stuttgart/ Wien: Haupt, 145-190.
- Ulrich, Peter (1992): Rezension zu: Bernd Biervert/ Martin Held (Hg.): *Das Menschenbild der ökonomischen Theorie*, Frankfurt a.M./ New York: Campus 1991, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 148, 520-524.
- Ulrich, Peter (1993): *Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft*, 3. rev. Aufl., Bern/ Stuttgart/ Bern: Haupt.
- Ulrich, Peter (2000a): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagenreflexion der ökonomischen Vernunft, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 11, 555-567 (Hauptartikel).
- Ulrich, Peter (2000b): Integrative Wirtschaftsethik im Rationalitätenkonflikt, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 11, 631-642 (Replik).
- Ulrich, Peter (2001): *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 3. rev. Aufl., Bern/ Stuttgart/ Wien: Haupt.
- Ulrich, Peter (2002): *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Freiburg i.Br./ Basel/ Wien: Herder.
- Ulrich, Peter (2003): Wirtschaftsethik als praktische Sozialökonomie. Zur kritischen Erneuerung der Politischen Ökonomie mit vernunftethischen Mitteln, in: Markus Breuer/ Alexander Brink/ Olaf J. Schumann (Hg.): *Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft*, Bern/ Stuttgart/ Wien: Haupt, 141-165.
- Veblen, Thorstein B. (1986): *Die Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (orig. New York 1899).
- Weber, Max (1973): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. von Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck, 146-214.

- Weber, Max (1988): Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck, 17-206.
- Wrong, Dennis H. (1961): The Oversocialized Conception of Man in Modern Sociology, in: American Sociological Review 26, 183-193.

Erschienen in:

Lebensweltökonomie, hrsg. v. Maren A. Jochimsen, Stefan Kesting & Ulrike Knobloch, Berlin: Kleine Verlag 2004, S. 55-81.

Hinweis: Zeilen- und Seitenumbruch sowie Textform dieses Manuskripts weichen von der Buchform leicht ab.